

Antrag Nr. 23-F-63-0066

Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

Betreff:

Gewährleistung von selbstbestimmter Empfängnisverhütung durch einen Verhütungsmittelfonds
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 26.04.2023 -

Antragstext:

Der Zugang zu sicheren und wirkungsvollen Verhütungsmitteln ist elementar bei einer freien Entscheidung im Rahmen der Familienplanung. Die Weltgesundheitsorganisation fordert, finanzielle Barrieren abzuschaffen und Verhütungsmittel für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, darunter auch Geringverdiener*innen, erschwinglich zu machen (WHO, Ensuring human rights in the provision of contraceptive information and services, 2014, S. 16).

Selbstbestimmte Familienplanung ist ein Menschenrecht.

Wenn Verhütung eine Frage des Geldes wird, trifft das vor allem Frauen*, denn immer noch wird ihnen die Hauptverantwortung für Verhütung zugesprochen. Mehrere Studien zeigen, dass für finanziell schlechter gestellte Frauen* in Deutschland die selbstbestimmte Wahl einer individuell passenden und sicheren Verhütung erschwert ist. So ergab die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Auftrag gegebene Studie, "Familienplanung in Hessen - Sonderauswertung von frauen leben 3 - Familienplanung im Lebenslauf von Frauen", dass 37,3% der Frauen, die zum Befragungszeitpunkt staatliche Unterstützungsleistungen bezogen haben, schon einmal aus Kostengründen auf die Pille oder die Spirale verzichtet haben. Bei Frauen, die ihre aktuelle finanzielle Lage als (sehr) gut beurteilen, liegt der Anteil hingegen nur bei 5,2 %. Damit haben finanziell schlechter gestellte Frauen ein erhöhtes Risiko einer ungewollten Schwangerschaft. In der Studie wird im Kapitel zum Verhütungsverhalten geschlussfolgert: "Programme zur kostenfreien Abgabe von Verhütungsmitteln sind damit eine wichtige Maßnahme, sowohl um einen Zugang zur Verhütung der Wahl zu ermöglichen als auch im Zusammenhang mit der Prävention unbeabsichtigter bzw. ungewollter Schwangerschaften." (S.39)

In der Landeshauptstadt Wiesbaden gibt es bislang keinen Verhütungsmittelfonds. Angelehnt an die Erfahrungen anderer Kommunen, könnte über Beratungsstellen, zum Beispiel von pro familia, ein Antrag auf finanzielle Unterstützung für ärztlich verordnete Verhütungsmittel (beispielsweise das Einsetzen der Spirale, eine Sterilisation, eine Vasektomie) gestellt werden. Bei der Einführung eines Verhütungsmittelfonds kann Wiesbaden von den umliegenden Kommunen, Kreisen und Landkreisen lernen und von den Erfahrungen profitieren. Außerdem sollten die Erfahrungen und Erkenntnisse von Initiativen und Vereinen wie "pro familia" oder "Donum Vitae" bei der Erstellung eines eigenen Konzeptes berücksichtigt werden.

Daher möge der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

Antrag Nr. 23-F-63-0066

Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

- 1) sich über die gemachten Erfahrungen anderer Kommunen (z.B. Gießen, Darmstadt, Frankfurt, Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Rheingau-Taunus- Kreis, Marburg und Landkreis Marburg-Biedenkopf, Rheingau-Taunus-Kreis, Limburg, Wetteraukreis) mit diesen und den dortigen Akteur*innen auszutauschen, um Erkenntnisse für die LHW zu gewinnen.
- 2) Ein Konzept vorzulegen, welches eine niedrighschwellige Antragstellung zur Unterstützung oder Bezuschussung für Verhütungsmittel aus einem Verhütungsmittelfonds für Bezieher*innen von Leistungen nach SGB II, XII oder AsylbLG sowie Bezieher*innen von BAföG und Berufsausbildungsbeihilfe mit Wohnsitz in Wiesbaden ermöglicht.
- 3) bis zur Ausschusssitzung im September 2023 neben der Vorstellung des Konzeptes auch gleichzeitig die Kosten für die Einführung und Umsetzung des Verhütungsmittelfonds zu benennen und als weiteren Bedarf zu den HH-Beratungen anzumelden.

Wiesbaden, 26.04.2023

Nele Siedenburg

Fachsprecherin, B90/Grüne

Julia Seidel

Fraktionsreferentin, B90/Grüne

Susanne Hoffmann-Fessner

Fachsprecherin, SPD

Juliane Maltner

Fraktionsreferentin, SPD

Mechthilde Coigné

Fachsprecherin, DIE LINKE.

Ingo von Seemen

Fraktionsgeschäftsführer, Fraktion DIE LINKE.

Janine Maria Vinha

Fachsprecherin, Volt

Simone Winkelmann

Fraktionsreferentin, Volt